

Die Antwort der Wirklichkeit

Eine quadratische Gleichung kann zwei Lösungen haben. Algebraisch sind beide gleichberechtigt. Beide erfüllen die Gleichung, beide sind richtig.

Vor Jahren habe ich mit GeoGebra solche Gleichungen nicht nur gelöst, sondern versucht, mich ihren Lösungen durch wiederholtes Rechnen anzunähern. Bei der Gleichung

$$x^2 - x - 1 = 0$$

kann man beispielsweise umformen:

$$x = 1 + \frac{1}{x}$$

Man beginnt mit irgendeinem Wert, setzt das Ergebnis wieder ein und wiederholt diesen Vorgang. So entsteht eine Folge, eine Iteration. Beim Startwert 1 entsteht zum Beispiel die Folge des

Goldenen Schnitts: $1; 2; \frac{3}{2}; \frac{5}{3}; \frac{8}{5}; \frac{13}{8}; \dots$

Und plötzlich verhalten sich die beiden Lösungen der Gleichung nicht mehr gleich. Der positive Goldene Schnitt zieht benachbarte Werte an. Die negative Lösung stößt sie ab. Beginne ich zum Beispiel bei $-\frac{3}{2}$, dann läuft die Folge nicht weiter zu den spiegelbildlichen Werten

$-\frac{3}{2}; -\frac{5}{3}; -\frac{8}{5}; \dots$, sondern $-\frac{3}{2}; \frac{1}{3}; \frac{4}{1}; \frac{5}{4}; \dots$. Trifft man die negative Lösung nicht ganz genau, entfernt man sich wieder von ihr.

Die Gleichung hatte mir gesagt, wo die Lösungen liegen. Die Iteration zeigte mir, was in ihrer Umgebung geschieht.

Seit ich mich stärker mit Politik beschäftige, kehrt dieses alte mathematische Bild zu mir zurück. Denn auch dort werden Lösungen häufig so vorgestellt, als müsse man nur die richtige finden und anschließend beschließen: Dieses Gesetz ist richtig. Jener Eingriff ist notwendig. Diese Politik löst das Problem.

Und fertig.

Aber gesellschaftliche Verhältnisse sind keine Gleichungen, die zur Ruhe kommen, sobald man den richtigen Wert für x gefunden hat. Jeder politische Eingriff verändert die Ausgangslage des nächsten Schrittes. Menschen reagieren auf Förderungen, Verbote und neue Rechte. Unternehmen verändern ihr Verhalten. Verwaltungen entwickeln Verfahren. Manche Betroffene finden Schlupflöcher, andere scheitern an Nachweisen, die zuvor niemand bedacht hatte. Vertrauen kann wachsen oder verloren gehen.

Ein Gesetz löst deshalb nicht nur ein Problem. Es erzeugt eine neue Lage.

Politik muss iterieren: von dem ausgehen, was sie vorfindet, einen begründeten Schritt tun, dessen Wirkungen wahrnehmen und daraus den nächsten Schritt entwickeln. Sie muss nicht nur fragen, ob der ursprüngliche Beschluss richtig begründet war, sondern auch, was er tatsächlich hervorgebracht hat.

Dafür gibt es längst ein vertrautes Wort: Evaluation.

In zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen hat es sich während der vergangenen Jahrzehnte durchgesetzt. Projekte, Bildungseinrichtungen und Förderprogramme werden evaluiert. Umso erstaunlicher ist es, wie empfindlich manche Politiker reagieren, wenn man vorschlägt, auch ihre eigenen Gesetze zu evaluieren. Die Frage „Was hat dieses Gesetz bewirkt?“ scheint bei ihnen anzukommen wie die Frage: „Geben Sie endlich zu, dass Ihr Gesetz falsch war!“

Nur ein einziges Mal habe ich im Parlamentsfernsehen etwas anderes erlebt. Eine sehr junge Abgeordnete einer Regierungsfraktion sagte begeistert:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wäre doch jetzt eine gute Chance, unser Gesetz von vor drei Jahren einmal zu evaluieren und zu zeigen, was daraus geworden ist!“

Ich schreckte geradezu auf: Oh, junge Frau, dachte ich, Sie sind Ihrer Zeit ein wenig voraus.

Sie sprach von **unserem** Gesetz. Sie schob die Verantwortung nicht auf eine frühere Regierung, ein anderes Ministerium oder einige Fachpolitiker ab. Und sie wollte trotzdem wissen, was daraus geworden war. Nicht um sich von der damaligen Entscheidung zu distanzieren, sondern um die Verantwortung für sie fortzusetzen.

Aber wonach müsste man fragen, wenn man die Wirkung eines Gesetzes wirklich untersuchen wollte?

Die Frage, ob ein zuvor festgelegter Zielwert erreicht wurde, genügt nicht. Allmählich öffnet sich eine ganze Landschaft neuer Kriterien. Ich kann ihre Reichweite noch längst nicht überblicken. Aber schon ihre Nachbarschaft verändert meinen Blick auf politisches Handeln.

1. Zielwirksamkeit

Hat das Gesetz die Veränderung bewirkt, zu deren Zweck es beschlossen wurde?

2. Robustheit

Bleibt das geschaffene Gefüge auch unter Störungen funktionsfähig, oder trägt es nur unter idealen Voraussetzungen?

3. Resilienz

Kann der betroffene Bereich nach einer Störung wieder handlungsfähig werden – möglicherweise sogar in veränderter Form?

4. Anpassungsfähigkeit

Können die Beteiligten auf neue Situationen reagieren, ohne jedes Mal auf ein neues Gesetz, ein neues Förderprogramm oder eine weitere Ausnahmegenehmigung warten zu müssen?

5. Selbstwirksamkeit und Subsidiarität

Sind Menschen, Kommunen, Betriebe und Einrichtungen anschließend besser in der Lage, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln?

6. Reservefähigkeit

Sind Zeit, Personal, Wissen, Geld und materielle Mittel vorhanden, um auch auf Unerwartetes reagieren zu können?

7. Redundanz

Gibt es mehrere Wege, auf denen eine notwendige Leistung erbracht werden kann, sodass der Ausfall eines Weges nicht das ganze System lahmlegt?

8. Reversibilität

Lässt sich die Maßnahme korrigieren, wenn unerwartete oder schädliche Wirkungen auftreten?

9. Lernfähigkeit

Entstehen aus der Anwendung des Gesetzes Erfahrungen und Informationen, die den Gesetzgeber tatsächlich erreichen und zur Verbesserung genutzt werden können?

10. Verteilungswirkung

Wer gewinnt durch das Gesetz an Handlungsfähigkeit, wer verliert sie – und welche Unterschiede werden durch Durchschnittswerte verdeckt?

Diese zehn Kriterien stehen nicht unabhängig nebeneinander. Sie stärken einander, geraten miteinander in Konkurrenz und verändern ihre Bedeutung, sobald man sie gemeinsam auf einen konkreten politischen Eingriff anwendet.

Das lässt sich an einem inzwischen vertrauten Begriff beobachten: Bürokratie.

„Bürokratie abbauen“ klingt zunächst eindeutig positiv. Aber Bürokratie kann Rechte sichern, Gleichbehandlung ermöglichen, Entscheidungen nachvollziehbar machen und vor Willkür schützen. Mehr Einzelfallgerechtigkeit verlangt häufig mehr Fallunterscheidungen. Mehr Fallunterscheidungen erzeugen mehr Nachweise. Mehr Nachweise können wiederum gerade diejenigen abschrecken, denen ein Gesetz helfen sollte.

Ein auf dem Papier zielgenaueres und gerechteres Gesetz kann dadurch in seiner tatsächlichen Wirkung ungerechter werden.

Auch Lernfähigkeit braucht Daten und Dokumentation. Robustheit und Resilienz benötigen Reserven und Redundanzen, die im gewöhnlichen Betrieb leicht wie überflüssiger Aufwand aussehen. Anpassungsfähigkeit verlangt Spielräume, während Rechtssicherheit möglichst eindeutige Verfahren fordert. Subsidiarität kann Selbstwirksamkeit stärken. Sie kann aber auch bedeuten, dass der Staat Aufgaben auf Kommunen, Vereine, Betriebe oder Familien abwälzt, ohne ihnen die notwendigen Mittel mitzugeben.

Bürokratie ist deshalb nicht schon dann abgebaut, wenn eine Behörde weniger Formulare bearbeitet. Sie kann auch nur verlagert worden sein.

Die entscheidende Frage lautet dann:

Hat dieses Gesetz Bürokratie beseitigt – oder hat es lediglich verändert, wer sie erledigen muss?

Und noch grundsätzlicher:

Hat das Gesetz Menschen und Einrichtungen handlungsfähiger gemacht? Oder benötigt es immer neue Nachweise, Kontrollen, Ausnahmen und Korrekturen, um überhaupt zu funktionieren?

Damit wird aus der Liste kein Katalog, auf dem ein gutes Gesetz möglichst überall ein Häkchen erhalten sollte. Die Kriterien bilden ein Kräftefeld. Komplexitätsfähige Evaluation bedeutet nicht einfach, mehr Einzelwerte zu erheben. Sie macht sichtbar, wie politische Güter einander ermöglichen, begrenzen oder gefährden.

Verantwortlicher Journalismus könnte dabei zu einem gesellschaftlichen Organ der Rückkopplung werden.

Diesen Journalismus gibt es. Vielleicht ist er im Augenblick sogar so vielfältig präsent wie selten. Zugleich steht er buchstäblich unter Beschuss – nicht nur von Politikern, die sich über kritische Fragen ärgern, sondern vor allem von Kräften, die an Macht und Unterwerfung stärker interessiert sind als an öffentlicher Aushandlung.

Verantwortlicher Journalismus versucht, einen gemeinsamen Wirklichkeitsraum offenzuhalten. Er trägt Erfahrungen aus der Gesellschaft zurück in die politische Öffentlichkeit. Dabei könnte Unterstützung aus den Fachwissenschaften helfen, neue Fragen zu entwickeln.

Nicht nur:

War das Gesetz ein Erfolg oder ein Misserfolg?

Sondern:

Welche Störungen hält die neue Regelung besser aus? Welche Reserven hat sie geschaffen? Wer kann jetzt mehr selbst entscheiden? Wer muss zusätzliche Arbeit leisten? Welche Wirkung hatte der Gesetzgeber nicht vorhergesehen? Wo wurde ein Problem lediglich in einen anderen Bereich verschoben? Und was müsste geschehen, damit die Politik ihren Eingriff korrigiert?

Das wären keine freundlicheren Fragen. Es wären genauere Fragen. Sie ließen sich schwerer mit einer vorbereiteten Erfolgsmeldung oder einem gegenseitigen Schuldvorwurf beantworten.

An dieser Stelle wird aus der Evaluation eine ethische Frage.

Moralisches Rechthaben sagt leicht: Wir kennen das richtige Ziel. Deshalb ist auch unser Eingriff richtig. Eine politische Ethik der Komplexität müsste weiterfragen: Was setzt unser für richtig gehaltenes Handeln in Bewegung? Welche Fähigkeiten erzeugt es? Welche Abhängigkeiten? Welche Reserven baut es auf, welche verbraucht es? Wer wird handlungsfähiger, wer verletzlicher? Und sind wir bereit, das Entstandene als Ausgangspunkt unseres nächsten Schrittes anzuerkennen?

Das bedeutet keinen Verzicht auf Maßstäbe. Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe bleiben notwendig. Aber sie sind keine Siegel, die man auf einen politischen Beschluss drückt. Sie müssen sich auch in der Wirklichkeit zeigen, die durch diesen Beschluss entsteht.

Das Verständnis von Iteration schützt dabei vor zwei gegensätzlichen Versuchungen. Die eine besteht darin, die eigene politische Überzeugung bereits für die fertige Lösung zu halten. Die andere behauptet, angesichts der Komplexität könne man ohnehin nichts verantwortlich entscheiden.

Doch wir können handeln. Wir müssen handeln. Wir sollten es nur so tun, dass wir die Antwort der Wirklichkeit noch hören können.

Das Parlament beschließt ein Gesetz. Die Wirklichkeit beantwortet es.

Vielleicht beginnt hier der Umriss einer politischen Ethik, die sich nicht mit der richtigen Absicht und dem begründeten Entschluss zufriedengibt. Eine politische Ethik der Komplexität fragt nicht nur, ob ein Eingriff richtig war. Sie übernimmt Verantwortung für die Welt, die durch ihn entsteht.